

PVL äussert scharfe Kritik an der geplanten AHV-Reform

Meinungen Der Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins (PVL) geht in seiner Stellungnahme hart mit der geplanten AHV-Reform ins Gericht und wirft der Regierung Schönrederei und Augenschere vor.

VON HOLGER FRANKE

Ein freundlicher Ostergruss ist der Brief von der PVL, der Regierungsrat Mauro Pedrazzini ins Regierungsgebäude geflattert ist, nicht. In der siebenseitigen Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur geplanten AHV-Reform äussert der PVL seine Meinung, und diese fällt alles andere als positiv aus. «Die jetzige AHV-Reform krankt daran, dass nicht nur die langfristige Sicherung des AHV-Fonds im Vordergrund steht, sondern dass sie gleichzeitig dazu genutzt werden soll, den Staatshaushalt zu sanieren», kritisiert der PVL. Mit der Reform solle zulasten der Allgemeinheit der Staatsbeitrag massiv gekürzt werden, woraus der PVL schliesst, dass sich der Staat «immer mehr seiner sozialstaatlichen Verantwortung» entziehe. Besonders der geplante Staatsbeitrag

in Höhe von 20 Mio. Franken scheint dem PVL ein Dorn im Auge zu sein. «Mit dieser massiven Kürzung wird also nichts anderes versucht, als die durch das Steuergesetz verursachten Mindereinnahmen über den verbleibenden und unehrenhaften Griff in die Sozialwerke zu kompensieren», heisst es in der Stellungnahme. Bei Beibehaltung des bisherigen Staatsbeitrages wären ausgleichende Massnahmen gar nicht nötig. Dies wäre durchaus möglich, meint der PVL mit Blick auf die Schweiz, wo die derzeitige AHV-Reform ohne Leistungsabbau vollzogen werden soll - allerdings mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Eben jene könnte dem Land Liechtenstein bei einer Erhöhung um 1,5 Prozent jährlich 38,8 Millionen Franken in die Kassen spülen, rechnet der PVL vor.

Streitpunkt Staatsbeitrag

Doch vor allem die Neuregelung des künftigen Staatsbeitrages stösst bei PVL sauer auf. «In Anbetracht eines Wegfalls des Staatsbeitrages klingt die jetzige Zusage eines Staatsbeitrages von trotzdem 20 Mio. Franken sehr grosszügig», heisst es in der Stellungnahme weiter. Der Staat signalisiere so schliesslich, die Bereitschaft den AHV-Fonds trotz angespannter Haushaltslage weiterhin finanziell zu unterstützen. «Diese

Darstellung ist aus Sicht des PVL jedoch reine Schönrede- und Augenschere.» Ausgangspunkt für eine Neuregelung des Staatsbeitrages ab 2018 ist nach Auffassung des PVL nicht eine angeblich vorgesehene totale Streichung des Staatsbeitrages. Vielmehr handele es sich um eine massive Kürzung des AHV-Staatsbeitrages um 60 Prozent von 50 Millionen Franken auf 20 Millionen Franken. Diese Kürzung mache ausgleichende Massnahmen nötig, die aus Sicht der PVL im vorgeschlagenen Umfang jedoch nicht nötig seien, wenn der Staatsbeitrag nicht reduziert würde. Kritik äussert der PVL auch an der geplanten Anhebung des ordentlichen Rentenalters auf 65 Jahre für die Jahrgänge 1958 und jünger. Diese werde wohl längerfristig nicht zu verhindern sein, sollte aber durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen abgefedert werden, was jedoch angesichts der anhaltenden Sparmassnahmen nicht absehbar seien. In der geplanten Einführung einer Beitragspflicht auf Erwerbseinkommen im Rentenalter sieht der PVL eine weitere Leistungskürzung mittels Beitrag.

Brennpunkt Weihnachtsgeld

Auf klare Ablehnung stossen beim PVL die Pläne zum Weihnachtsgeld. «Auch hier versucht die Regierung



Im Rahmen der Vernehmlassung zur geplanten AHV-Reform hat sich nun der Personalverband öffentlicher Verwaltungen (PVL) zu Wort gemeldet. (Foto: MZ)

im Vernehmlassungsbericht, eine massive Leistungskürzung schönzureden, indem gesagt wird, dass das Weihnachtsgeld nicht abgeschafft, sondern nur auf zwölf Monate umgelegt werde, sodass unterm Strich im Jahr betragsmässig gleich viel gezahlt werde», heisst es in der Stellungnahme. Dies möge zwar auf den ersten Blick stimmen, de facto bedeute dies jedoch eine Abschaffung des Weihnachtsgeldes innert 8 bis 10 Jahren, wie der PVL vorrechnet. Schon jetzt seien Tendenzen erkennbar, dass bereits auch in der zweiten

Säule Einsparungen und Kürzungen vorgenommen würden. Im Rahmen der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Revision der staatlichen Pensionsversicherung hat das Staatspersonal jedoch bereits im Schnitt 10 Prozent Leistungskürzungen in Kauf nehmen müssen. «Wir halten daher eine Abschaffung des Weihnachtsgeldes für absolut unverhältnismässig und verfehlt», schreibt der PVL.

Die vollständige Stellungnahme des PVL zur AHV kann unter www.pvl.li heruntergeladen werden.